



## Antrag

der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN

### **Kündigungen wegen Mindestlohn vermeiden – Ausnahmen für Integrationsbetriebe gestalten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung vor dem Hintergrund der bereits heute erkennbaren negativen Auswirkungen des Bundesmindestlohngesetzes auf die Integrationsbetriebe in Schleswig-Holstein auf, sich im Wege einer Bundesratsinitiative für eine Ausweitung der Ausnahmen vom Bundesmindestlohngesetz auf die Beschäftigten der Integrationsbetriebe einzusetzen.
2. Die Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert ein Konzept zu entwickeln, wie die zum 1. Januar 2015 absehbar entstehenden Härten aufgefangen werden können. Deshalb soll das Konzept dem Landtag bis zu seiner 28.Tagung im Dezember 2014 vorgestellt werden.

Heike Franzen  
und Fraktion

Dr. Heiner Garg  
und Fraktion

Wolfgang Dudda  
und Fraktion